

Das Scheitern der Demokratischen Sozialisten (DS) - eine Lehre für die PDS?

Anzeigen

Uwe Arndt / Werner Mackenbach / Willi Pohl / Bertold Scheller
Die Demokratischen Sozialisten.
Von den Schwierigkeiten der Bildung einer linkssozialistischen Partei
Edition Zeta
Dipa-Verlag: Frankfurt am Main, 1990, 281 Seiten
29,80 DM

mit Politik verwechseln, (...) und die damit politischer Randständigkeit nur einen neuen bunten Fetzen umhängen" (H.-D. Zahn vom SB) (S. 132).

Neben der GRÜNEN-Option (S. 68) gaben die seit der Bonner Wende stagnierenden Mitgliederzahlen (Zahn) und die fehlenden organisatorischen Vorbereitungen für eine Beteiligung an den bevorstehenden Bundestagswahlen (S. 69) Gründe für ein grundsätzliches Abstandnehmen von der Parteiform (Zahn) oder für eine erneute Verschiebung der Parteigründung (DS Herford) ab.

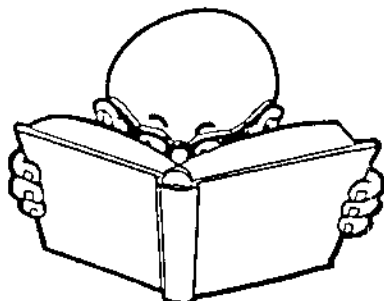
Die Mehrheit der DS folgte aber der Position der "Revier"-Redaktion, einer betrieblich orientierten, linken Ruhrgebietszeitschrift, die für die Parteigründung votierte, da es "nur" gelte, eine "Durststrecke von ein bis zwei Jahren" durchzuhalten. Trotz einiger vorübergehender Austritte repräsentieren die 400 Gründungs-parteitags-Delegierten immer noch rund 2.100 Mitglieder. Sie votierten fast einstimmig für die Parteigründung. Nach dem Parteitag zog sich die AGS wegen ihrer GRÜNEN-Option (S. 72) und die Sozialistischen Studiengruppen (SOST, Zeitschrift "Sozialismus", J. Bischoff u.a.) wegen angeblich im Programm beschlossener "ultra-linker" Positionen (ebd. und S. 99, 249, FN 11) zurück.

Vorgenannte Neuerscheinung beschäftigt sich mit der Vorgeschichte und Geschichte der Demokratischen Sozialisten (DS) bis 1988 und in einem Exkurs mit verschiedenen anderen linkssozialistischen Versuchen in Deutschland. Das Projekt DS ist nach dem Parteiausschluss des SPD-Bundestagsabgeordneten Karl-Heinz Hansen vor allem von ihm und seinem vormaligen Fraktionskollegen Manfred Coppik betrieben worden. Der erste öffentliche Kongress fand am 20. März 1982 als "Recklinghauser Forum" statt. Dort wurde beschlossen, die "Gründung einer Partei Demokratische Sozialisten ein(zuleiten)" (S. 43). Die DS existieren heute noch mit einigen hundert - zumeist passiven - Mitgliedern und Sitz in Braunschweig.¹

Nachfolgend geht es darum, zum einen diesen linkssozialistischen Parteigründungsversuch in seinem Verhältnis zu den GRÜNEN zu betrachten und andererseits ihn mit der heutigen Situation der PDS zu vergleichen.

Die Vorgeschichte

Die (Vor)gründungsphase der DS ist stark von der Staats- sowie Parteiapparat- und -konsensfixiertheit der SPD-Linken geprägt. Dies habe zwei wesentliche Effekte gehabt, die sich später auch auf die Ablöseprozesse von der SPD und auf die Konkurrenzfähigkeit der DS gegenüber den GRÜNEN ausgewirkt habe: "1. Das Beschränken auf 'klassisch sozialdemokratische' Politikfelder, die gegenüber den neuen sozialen



Aber auch bei den GRÜNEN rief der

gegenüber den neuen sozialen Bewegungen vollkommen orientierungslos waren. (...) 2. Das Ausbleiben jeglichen ernstzunehmenden Versuchs, auch innerhalb der SPD verbindliche Diskussionsstrukturen aufzubauen, die über die Ebene des 'Meinungsaustausch' hinausgingen." (S. 28).

Warum Partei?

Obwohl sich auf dem "Recklinghauser Forum" nur wenige Redebeiträge nachhaltig für das DS-Projekt aussprachen, wurde schließlich bei nur wenigen Gegenstimmen von (aus Platzgründen! "nur") 1.500 Anwesenden der Parteigründungsauftrag beschlossen (S. 43).

Das dritte Kapitel von Werner Mackenbach befasst sich mit der konkreten Entscheidung für die Organisationsform "Partei". Auf dem Giebener Kongress der DS am 17. Juni 1982 wurde gemäß den mehrheitlichen Landesvoten beschlossen, die Partei am 27./28.11.1982 zu gründen (50%; 40% wollten bereits im Juni gründen und 10% noch später als Nov.). Entsprechend der Orientierung der DS vor allem auf enttäuschte SPD-Mitglieder und inhaltlicher Abgrenzung von den GRÜNEN ging es thematisch auf dem Kongress um "Sozialabbau und Arbeitsplatzvernichtung" (S. 59 ff.).

Der Bruch der sozialliberalen Koalition traf die DS - als Partei immer noch nicht gegründet - (zumindest in zeitlicher Hinsicht) unvorbereitet. Auf einem außerordentlichen Bundeskongress wurde vorläufig beschlossen, ein Wahlbündnis mit den GRÜNEN, ersatzweise Kandidaturen auf Offenen Listen von diesen anzustreben. (S. 66).

Der Sog der GRÜNEN

Das von Thomas Ebermann (S. 46 f.) und den DS anvisierte Wahlbündnis scheiterte schließlich am Widerstand der GRÜNEN Mehrheit. Bei den DS entschied sich die Mehrheit dann dafür, auf eine Kandidatur gegen die GRÜNEN zu verzichten (S. 133), da ein alternatives Wahlbündnis ohne die GRÜNEN nur von "Gruppen getragen werden (würde), die ein neurotisches Anti-Grün-Ressentiment vor sich hertragen, die Konferenzen und sich jagende Absprachen zwischen Grünchen

Parteiapparat (s.o.) folgende Veränderungen gewirkt:

— Die Parteigründung sei in Bezug auf die Bonner Wende viel zu spät gekommen; die SPD habe sich danach integrationsfähiger als erwartet erwiesen.

— Die GRÜNEN mußten sich aufgrund ihrer Bundestagswahl-Beteiligung breiter als nur zur Umweltfrage positionieren.

Desweiteren waren folgende Mißerfolge der DS zu verzeichnen:

— Die den GRÜNEN skeptisch gegenüberstehenden Teile der sog. Neuen Sozialen Bewegungen waren auch für die DS nicht zu erreichen.

— Ein "organisches Hineinwachsen" der aktiven Kerne der ArbeiterInnenbewegung in die neue Partei konnte nicht erreicht werden. Dies müßte in längeren Zeiträumen gedacht werden. (S. 78 ff.).

Zumindest zu dem ersten und zu den letzten beiden dieser vier Punkte sind wiederum keine Konzepte zu erkennen, die es der PDS ermöglichen könnten, in einer solchen Auseinandersetzung besser zu bestehen.

Im "Bermuda-Dreieck" von SPD, GRÜNEN und DKP verschollen

Im nächsten Kapitel stellt ebenfalls Mackenbach die programmatischen Veränderungen der DS im Laufe der Zeit dar. Abschließend wird in diesem Kapitel die These aufgestellt, die DS seien im "Bermuda-Dreieck" von SPD, GRÜNEN und DKP verschollen. Trotz einiger Modernisierungen traditionell linkssozialdemokratischer Positionen sei es den DS nicht gelungen,

— in dem Maße in der Friedens- und sozialen Frage als kompetent betrachtet zu werden wie die GRÜNEN oder die SPD,

— einen "unverwechselbare(n) ideologische(n) Standort" zu definieren. Der Name sei nichteingelöstes Anspruch geblieben. (S. 106 ff.). Auch diese Probleme wird die PDS oder eine neue linke Formation zu bewältigen haben, will sie

me wie die DS dort eine neue linke Formation zu bewältigen haben, will sie erfolgreicher als die DS sein.

Linkssozialismus?

Im letzten Kapitel schreibt Berthold Scheller über "Linkssozialismus in Deutschland - Geschichtliches und Aktuelles". Er skizziert dort die Bedingungen für einen erfolgreichen linkssozialistischen Parteigründungsversuch:

1. Der Zeitpunkt einer etwaigen Spaltung einer anderen Partei (heute also z.B. SPD oder GRÜNE) muß von den LinkssozialistInnen selbst bestimmt werden; sie dürfen sich ihn nicht von der Parteimehrheit diktieren lassen (S. 199 f.) (der richtige Zeitpunkt wurde von den DS verpaßt - s. schon oben und im Buch noch einmal S. 236).

2. Vorhandensein einer (in Relation zu den bestehenden Parteien: radikaleren) Massenbewegung (S. 202 f.) (war bei den DS der Fall, diese war aber eher an "grünen" Themen und bspw. nicht an der "sozialen Frage" orientiert, S. 236 f.).

3. Bedarf nach einer sozialistischen Alternative (S. 204) (war im Fall der DS nicht vorhanden, die Bewegung artikuliert sich in Form der GRÜNEN) bzw. eine politische Aussage, die der konkreten Situation gerecht wird (die eben die GRÜNEN mit der Ökologie hatten und die DS, die im "parlamentarischen Reformismus" der SPD befangen geblieben seien, eben nicht) (S. 235, 237).

Ist sozialistische Politik nur noch außerhalb des Parlaments möglich?

In seiner abschließenden "Bilanz des Linkssozialismus" schlußfolgert Scheller aus der Tatsache des Ausbleibens einer sozialistischen Massenbewegung und dem daraus für eine Wahlpartei notwendigerweise folgenden Opportunismus (der aber gleichzeitig das eigene inhaltliche Profil verringert), daß ein linkssozialistisches Projekt heute nur außerhalb der Parlamente eine Chance habe (S. 238): "Anders als zur Zeit der Leninschen Kinderkrankheit des Linksradikalismus besteht die Möglichkeit, über die Tribune des

Parlaments revolutionäre Ideen zu verbreiten, nicht mehr." U.a. die 5%-Hürde zwingt zur Stimmenmaximierung. Die Folge: "Wenn das angesprochene Wählerpotential für antikapitalistische Politik unempfindlich ist, zwingt dieses Dilemma sozialistische Parlamentarier, sich sukzessive den Spielregeln des Parlaments zu unterwerfen, also das zu sagen, was ankommt, und nicht das, was ist." Dies zeige auch der Anpassungsprozeß der GRÜNEN.

Damit ist zwar der wahlpolitische Opportunismus ausgeschaltet, aber - wenn es nicht um ein selbstgenügsames Sekten-dasein gehen soll -, es bleibt die Frage, wie die Massen für sozialistische Inhalte erreicht werden können, bestehen - und das Problem des Anpassungsdrucks stellt sich erneut. Das heißt aber, daß es immer nur möglich ist, im Spannungsfeld von "Unterwerfungsrealismus" (F.O. Wolf) und Sektiererei zu agieren. Und dafür, daß dies außerhalb des Parlaments heute - anders als zu Lenins Zeiten - prinzipiell einfacher ist, ist kein Argument dargetan und auch nicht darzutun, denn die "Massenbewegungen" fehlen natürlich 'draußen' als antiopportunistisches Gegengewicht genauso wie 'drinnen' - ganz abgesehen von der Tatsache, daß Masse + Bewegung auch noch nicht für sozialistische Standhaftigkeit garantiert.

Und die PDS?

Aber zurück zu unserer Frage in der Überschrift, was die PDS oder auch eine u.a. aus ihr hervorgehende neue Linke Formation von DS lernen kann:

Zunächst einmal nur, das die Startbedingungen - abgesehen davon, daß bestimmte Strukturen und finanzielle Mittel noch vorhanden sind - noch schwieriger sind:

++ Die SPD ist nicht in der Bundesregierung, also integrationsfähiger als Anfang der 80er Jahre.

++ Die SPD befindet sich mit ihrem Pro-"Wiedervereinigungskurs" im Ein-

++ Die SPD orientiert sich mit ihrem Pro-"Wiedervereinigungskurs" im Einklang mit der Massenstimmung.

++ Es gibt z.Z. keine linken Bewegungen des Ausmaßes der Anti-AKW- und Friedensbewegung wie Ende der 70er / Anfang der 80er Jahre.

Als zweites läßt sich von den DS lernen, welche Aufgaben, die PDS oder auch eine neue politische Formation erledigen muß, damit sie die Chance hat, erfolgreicher zu sein.

Und da sind zu nennen:

++ Entwicklung eines programmatischen Profils. Da ist Brie unter dem Gesichtspunkt der Ökologie den DS sicherlich voraus, und Gysi hat Recht, wenn er gegen den Ökologismus der GRÜNEN die soziale Frage betont, aber dies sind bestenfalls Bausteine für ein inhaltliches Konzept.

++ Definition eines ideologischen Standortes als demokratische SozialistInnen. Hier herrscht sicherlich im PDS-Umfeld noch mehr Unklarheit als bei den DS: Die Spannweite reicht hier von rechtssozialdemokratischen "law and order"-Positionen, über linkssozialdemokratische "real"/o/a-grüne "Reformalternative"-Vorstellungen bis hin zu noch stark vom bürokratischen Dogmatismus geprägten Positionen und zwischendrin tumeln sich noch einige Feministinnen sowie kritisch-revolutionäre MarxistInnen.

++ Entwicklung einer glaubwürdigen Zusammenarbeitsperspektive mit der Frauenbewegung und den verbliebenen linken Resten der sog. neuen sozialen Bewegungen und zumindest den "aktiven Kernen der Arbeiterbewegung".

Zahlreiche Aspekte der DS-Geschichte konnten hier aus Platzgründen nicht behandelt werden. Eine ca. dreimal so lange Fassung der Rezension kann bei der Redaktion gegen Kopier- und Portokosten bestellt werden.

↑ Zuletzt haben sie u.a. einen Reader zur "Radikalen Linken" herausgegeben (7 DM/Stück; DS, Wilhelmstr. 88, 3300 Braunschweig).

↑ s. dazu verschiedene Dokumente in: Kommunistischer Bund (Hg.), 3. KB-Kongress 14./15. Januar 1989. Materialien und Rechenschaftsberichte. Ausgabe für Gäste, Hamburg, o.J. (1989), S. 41 ff.

↑ in der Tradition der kommunistischen Parteiopposition (KPO) der 20er Jahre von Brandler und Thalheimer stehend.

atom Nr. 33



Aus dem Inhalt

- ★ «Entsorgung»-poker: Gorleben, Konrad, Morsleben, Wismut
- ★ Standorte: Mühlheim-Kärlich, Euregio, Würgassen, THTR, Lingen
- ★ High Noon am Golf: Bundeswehr übt Ernstfall Ölinteressen des Westens Aufruf zur Desertation
- ★ Alternative Parteien: PDS für Linke wählbar(er als die Grünen)?
- ★ Zur Diskussion: Ökohorror, Tauschwerte, Langeweile

Weitere Themen auf den 68 starken Seiten: Atommülltransporte, Kriminalisierung, Herbstkonferenz ...

atom erscheint jeden zweiten Monat. Preis: DM 5,- Abo (5 Ausgaben): 30 DM

ten Monat. Preis: DM 5,- Abo (5 Ausgaben): 30 DM

Bestelladresse: atom, Postfach 1109 2120 Lüneburg

Januar/Februar 1991 - Nr. 85

Wieviel Blut kostet ein Barrel Öl?



Interview mit Genossen der sowjetischen KAS

Kronstadt 1921

Erichs Harry: Zum FDGB

Stahlariffrunde und Eisenbahnerstreik

Probeheft anfordern!



Anarchosyndikalistische Zeitung der Freien ArbeiterInnen- und Arbeiter-Union in der IAA "da", Lagerstraße 27, 2000 Hamburg 36